

II. NATIONALSOZIALISMUS

A. HITLER-BEWEGUNG, „SEECKT-FASCHISMUS“ UND BAYERISCHE KONTERREVOLUTION (1922/24)

1.

Die faschistische Gefahr in Süddeutschland
Von H. Tittel

27.12.1922

In Süddeutschland, vor allem in Bayern und in letzter Zeit in verstärktem Maße in Württemberg, treten die Bestrebungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei wohl am offensichtlichsten in Erscheinung. Die letzten Vorgänge in Württemberg, die blutig verlaufenen Versammlungen in Stuttgart und Geislingen und die Schießereien in Göppingen zeigen die große Gefahr der faszistischen Erhebung auf. Seit einigen Wochen hat in Württemberg eine ganz planmäßige Versammlungskampagne der Hakenkreuzler eingesetzt. Im ganzen Lande versuchen sie Boden zu gewinnen. Mit einem kolossalen Aufwand von Plakaten und Flugblättern betreiben die Nationalsozialisten ihre Propaganda. Diese Tatsachen zeigen, daß hinter dieser Bewegung große kapitalkräftige Gruppen stehen.

Die Versammlungskampagne der Hakenkreuzler ist eine planmäßige Offensive der Reaktion. Die Reaktion hat auch aus ihren Niederlagen gewaltig gelernt. Sie weiß, daß sie nur siegreich sein kann, wenn ihre Bewegung von der Sympathie der breiten Masse der Indifferenten getragen wird. Ihr sogenanntes Programm zeigt, daß sie es vorzüglich verstehen, sich der Mentalität der Indifferenten und der wankelmütigen kleinbürgerlichen Schichten anzupassen. Die nationalsozialistische Bewegung ist eine antisemitische und eine nationale großdeutsche Bewegung. Mit den demagogischen Losungen gegen das jüdische Großkapital, gegen das Wucher- und Schiebertum finden sie nur leider bei den enttäuschten Massen williges Ohr. Trotzdem die Bewegung eine militärisch organisierte und streng zentralistische ist, verleugnet sie den Charakter einer Partei. Diese Einstellung ist darauf gemünzt, jene Arbeitermassen, die bei der November-Umwälzung zu den sozialistischen Parteien gestoßen sind und dort, wie in den Gewerkschaften, durch die Passivität der Bürokratie enttäuscht wurden, zu erfassen.

Die Anhänger der Nationalsozialisten rekrutieren sich in erster Linie aus dem Mittelstand. Kaufleute, Studenten, Lehrer und entlassene Militärs sind die aktivsten Mitglieder dieser Richtung. Aber auch Arbeiter stoßen zu ihnen. Wenn es auch nachweislich feststeht, daß die finanziellen Träger die Groß-Agrarier und auch Groß-Industrielle sind, so wäre es doch falsch, anzunehmen, daß die Grundlage der Organisation nur durch die reichlich fließenden Geldmittel gegeben ist. Vielmehr liegt der Bewegung ein starker, idealistischer (reaktionärer) Zug zugrunde. Denn mit Geld allein ließe sich das feste Gefüge der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei nicht halten.

Diese Partei ist militärisch organisiert. Es gibt in ihr gewissermaßen aktive und passive Mitglieder. Die aktiven Mitglieder sind in Stoßtrupps organisiert, und zwar auf der Grundlage der militärischen Formationen. Jeder Stoßtrupp hat eine besondere Nummer. Die Stoßtrupps setzen sich aus gewöhnlichen Soldaten, aus Unteroffizieren,

Feldwebeln, Leutnants und Majors zusammen. Die Rangabzeichen befinden sich auf einer roten Armbinde, auf der Hakenkreuze und, dem militärischen Rang entsprechend, Sterne angebracht sind. Es sind Anzeichen vorhanden, daß die Stoßtrupps in enger Verbindung mit den militärischen Formationen der Regimentsfeiern stehen. Die Mitglieder der Stoßtrupps haben sich durch Eid gegenseitig auf Leben und Tod verpflichtet

Die Taktik der Nationalsozialisten läuft darauf hinaus, sich vor allen Dingen bei den wankenden Schichten des Mittelstandes und bei der indifferenten Masse populär zu machen. Man darf sich der Tatsache nicht verschließen, daß ihr entschlossenes Auftreten dazu führt, sich einen, für die Arbeiterschaft sehr gefährlichen Anhang zu schaffen.

Die württembergische Arbeiterschaft stand bisher der nationalsozialistischen Bewegung fast gleichgültig gegenüber. Die Forderungen der Kommunisten in den Gewerkschaften, einen proletarischen Selbstschutz zu gründen, wurden von der großen Masse nicht beachtet. Aber durch die blutigen Vorgänge in Stuttgart, Göppingen und Geislingen (in Geislingen wurde ein sozialdemokratischer Redakteur schwer verwundet) gewinnt der Gedanke des proletarischen Selbstschutzes an Boden.

[Internationale Pressekorrespondenz Nr. 243 vom 27. Dezember 1922, S. 1832 f.]

2.

Außenpolitik der deutschen Revolution und Konterrevolution Der Kommunismus und die nationalistische Bewegung Deutschlands Von Karl Radek

22.9.1923

Deutschland befindet sich in tiefster Ohnmacht und Erniedrigung. Nicht das ist das Bezeichnendste für seine Lage, daß große Teile des deutschen Bodens besetzt sind von französischen Truppen, daß ein Teil des Reiches getrennt ist durch fremde Gewalt von dem Ganzen, sondern das Bezeichnendste an der Situation ist, daß die bisher in Deutschland herrschenden Klassen nicht fähig sind und nicht fähig sein können, Deutschland zu einigen, Deutschland vor dem Geschick einer Kolonie des fremden Kapitals, das deutsche Volk von dem Geschick, Kulturdünger für die Bourgeoisie fremder Nationen zu sein, zu bewahren. Das Katastrophale ist nicht die Lage selbst, sondern die Richtung ihrer Entwicklung unter der Herrschaft der Bourgeoisie. Alle bürgerlichen Regierungen Deutschlands seit der Niederlage im Kriege waren Kapitulationsregierungen. Sie waren Kapitulationsregierungen nicht darum, weil sie es wollten, sondern weil sie es mußten. Nicht nur Herrmann Müller unterzeichnete das Versailler Diktat, sondern auch die sogenannte Kappsche Regierung begann mit einem Kotau vor Versailles; Kapp und Lüttwitz glaubten vielleicht, es handelt sich dabei nur um eine diplomatische Floskel. Würden sie sich aber gehalten haben, sie müßten Fronvoigte der Entente sein, denn sie waren eine Regierung gegen die deutsche Arbeiterklasse, eine Regierung der Erhaltung des Kapitalismus. Angesichts dieser Tatsache konnten sie nicht nur daran denken, das deutsche Volk im geheimen zu bewaffnen, sondern sie mußten die Waffen in den Händen des deutschen Arbeiters fürchten. Mit 15 Millionen Proletariern gegen sich kann man keinen Kampf nach außen führen. Die deutschen Nationalisten führen eine Kampagne gegen Stresemann

als den Bereiter der Kapitulation. Herr Ludendorff und Herr Hitler proklamieren den Kampf um die Macht, um den Kampf gegen die Entente vorzubereiten. Aber das alles ist Schall und Rauch und würde verwehen an dem Tage, wo sie zur Regierung gelangen würden, denn Ludendorff, der Führer der nationalistischen Bewegung und noch mehr Hitler – sie sind Marionetten, die an Drähten gezogen werden durch die Könige von Kohle und Eisen und durch die deutschen Brotwucherer. Würde es ihnen tausendmal gelingen, die Macht zu erobern, sie würden machtlos sein

[Internationale Pressekorrespondenz Nr. 38 vom 22. September 1923, S. 835]

3.

Der Aufmarsch der weißen Fronten

Von A. Thalheimer

6. 10. 1923

Das Drama der Revolution in Deutschland hat begonnen. Mit einem Schlag ist die weiße Front aufmarschiert. Mit einem Federstrich hat Ebert (als der Vertreter der Sozialdemokratie) die demokratisch-parlamentarische Kulisse beiseite geschoben¹. General Seeckt, seine Offiziere, seine Reichswehr, seine faschistischen Verbände haben jetzt das Wort. Die Sozialdemokratie hat in die Hände der weißen Generale abgedankt. Die bürgerliche Republik und die bürgerlichen Republikaner sind zu Ende. Es gilt einfach die kapitalistische Ordnung zu retten und mit ihr die sozialdemokratischen Führer. Die Arbeiter, die Mitglieder der Sozialdemokratie, die Verteidiger und Retter der bürgerlichen Republik in den Tagen des Kapp-Putsches sind zwar die einzigen Republikaner in Deutschland, aber bereits wollen sie die sozialistische Republik, bereits gleiten sie dem Kommunismus in die Arme. Haben nicht gestern die sozialdemokratischen Arbeiter Berlins den Kopf Gesslers und Seeckts verlangt, verlangen sie nicht die Erfassung der Sachwerte, fordern sie nicht, daß die Bourgeoisie die Kosten der Ruhrniederlage aufbringe? Darum keine proletarischen Schützer der Republik – darum kein Schutz der Republik! Das Schwert der Militärdiktatur, der weiße General über sie! Mögen die Monarchisten die bürgerliche Ordnung retten, da die Republikaner Feinde der bürgerlichen Ordnung sind.

Was ist die Republik, wenn die heilige Ordnung des kapitalistischen Raubes bedroht ist? Nach der Niederlage der Hohenzollern-Monarchie 1918 sucht die Bourgeoisie Rettung in der bürgerlichen Republik. Nach der Niederlage der bürgerlichen Republik – flüchtet sie in die Arme der Armee der Monarchie und mit ihr ihr ganzer Troß von reformistischen Partei- und Gewerkschaftsführern. Der Kreislauf ist abgeschlossen.

Den Vorwand für die Militärdiktatur mußte der Aufmarsch Hitler-Ludendorffs in Bayern abgeben. Diesen Aufmarsch hatten die bayerischen Monarchisten ihrerseits benutzt, um ihre Diktatur von der Regierung proklamieren zu lassen. Die Regierung Knilling ernennt das Werkzeug des Kronprinzen Rupprecht und des Bauernführers Heim, den Dr. Kahr, zum Generalstaatskommissar, zum Diktator über Bayern, dem sämtliche Behörden in Bayern, auch die Reichsbehörden, unterstellt sein sollen (Eisenbahn, Post, Telegraph).

Das ist der erste behutsame Schritt der Lostrennung Bayerns vom Reich.

¹ Am 26. 9. 1923 hatte Reichspräsident Ebert zur „Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ die vollziehende Gewalt dem Reichswehrminister übertragen und durch Notverordnung einige Paragraphen der Verfassung vorübergehend außer Kraft gesetzt.

Die große Koalition antwortet, indem sie Kahr und dem General Lossow die Ausübung der Reichsdiktatur in Bayern überläßt.

Sie anerkennt damit tatsächlich den ersten Schritt Bayerns zur Separation. Sie fordert damit die bayerischen Monarchisten förmlich heraus, die Einheit des Reiches auf dem Wege des monarchistischen Umsturzes im übrigen Deutschland zu suchen. Sie fordert Kahr heraus, Ludendorff-Hitler in Marsch zu setzen gegen das rote Sachsen und Thüringen und vom Westen (Westfalen), Osten und Norden her das rote Berlin zu umzingeln.

Die weiße Front von Ebert bis Kahr spielt der faschistischen Front in die Hände, wobei gleichzeitig jeder Partner den anderen überlisten zu können glaubt.

Beide Fronten aber wollen das Proletariat schlagen. Die Kapitulation vor Poincaré, die Durchführung des Stinnes-Programms fordert das. Gegenüber dem Proletariat verschwinden ihre Gegensätze.

Wo ist das deutsche Proletariat?

Wo sind die 15 Millionen städtischer und ländlicher Proletarier? Die Kommunisten sind zur Stelle. Sie rufen zur Einheitsfront gegen die Machtdiktatur. Sie bereiten den Massenstreik vor. Sie sammeln die sozialdemokratischen Arbeiter und die Parteilosen um sich. Die sogenannten linken sozialdemokratischen Führer sind noch unsichtbar. Die Parteieinheit! (Das ist noch wichtiger als die Säbeldiktatur!) Sie brauchen Bedenkzeit, keine Plötzlichkeiten . . .

Der Aufmarsch des Proletariats findet sie beim Troß.

Der Aufmarsch der Massen wird trotzdem kommen. Im sächsischen Erzgebirge sind bereits die ersten Schüsse gefallen.

Die Maschinengewehre der Hitler, Ludendorff wie der Gessler-Kahr werden vielleicht schon den Schleier zerrissen haben, der die proletarische Front einhüllt, wenn dem Leser diese Zeilen vor Augen kommen.

[Internationale Pressekorrespondenz Nr. 40, Wochenausgabe vom 6. Oktober 1923, S.936]

4.

10.11.1923

Die Stellung der Kommunistischen Partei Deutschlands zur gegenwärtigen Lage in Deutschland

Am Sonnabend, den 3. November 1923, tagte eine Konferenz verantwortlicher Parteiarbeiter der KPD, um Stellung zu nehmen zur gegenwärtigen Lage in Deutschland und die politischen Aufgaben festzustellen, die sich daraus für die Partei ergeben. Wir lassen die zum Beschluß erhobenen Leitsätze zur Information unserer Leser im Wortlaut folgen.

Die Redaktion [der Inprekorr].

Der Sieg des Faschismus über die Novemberrepublik und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Deutschlands

Das Ende der Novemberrepublik

Die Novemberrepublik ist auf dem ganzen Gebiete des unbesetzten Deutschlands dem Faschismus ausgeliefert. Die Gewalt befindet sich in den Händen der Militärmacht und sie stellt sich zur bewußten Aufgabe die Vernichtung der Errungenschaften

der Arbeiterklasse, des Achtstundentages und der Betriebsräte, um auf dem Rücken des wehrlosen Proletariats die schrankenlose Herrschaft der Bourgeoisie endgültig zu befestigen. Indem die Regierung der Novemberrepublik die Macht an die Militärkaste abgab und im Ermächtigungsgesetz die Axt an die Wurzel der sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution legte, hob sie selbst ihr historisches Wesen auf: Das Wesen der Novemberrepublik bestand in dem Versuch, durch die Koalition mit der Sozialdemokratie der Arbeiterklasse vorzutäuschen, daß der Kapitalismus in Deutschland restauriert werden könne unter Beibehaltung der Demokratie und bei sorgfältiger Berücksichtigung der sozialen Interessen der Arbeiterklasse. Jetzt tritt die Bourgeoisie offen unter faschistisches Banner: nicht Demokratie, sondern weiße Diktatur, nicht Zugeständnisse an die Arbeiterklasse, nicht die lügnerische „Arbeitsgemeinschaft“, sondern offene Versklavung der Arbeiterklasse: das ist das Regierungsprogramm . . .

Der Sieg des Faschismus über die bürgerliche Demokratie vollzog sich in anderen Formen, als es die Arbeiterklasse erwartet hat, und er kam ihr darum nicht sogleich klar zum Bewußtsein. Während die Arbeiterklasse in Bayern das Zentrum des Faschismus sah, etablierte sich in Berlin das faschistische Zentrum als die Diktatur des Generals Seeckt, hinter dem nicht nur die Reichswehr steht, sondern auch ausschlaggebende Teile der deutschen Bourgeoisie. Während die Arbeiterklasse, provoziert durch die Drohungen Ludendorffs und Hitlers, durch die Ernennung Kahrs zum Diktator in Bayern nach München startete, wo unter Trompetenstößen und Flaggenhissen die weiße Diktatur ausgerufen werden sollte, ernannte der Sozialdemokrat Ebert und das Kabinett der Großen Koalition, angeblich zum Kampfe gegen die weiße Diktatur in Bayern, den General Seeckt zum Diktator. General Seeckt proklamierte keine Hohenzollernmonarchie und keinen Krieg gegen den französischen Erbfeind. Seine erste Tat war das Verbot der gesamten kommunistischen Presse und Organisationen; seine zweite die Besetzung der zentralen Position des deutschen Proletariats, des zwischen dem faschistischen Süden und Norden liegenden proletarischen Sachsens; seine dritte die Absetzung der demokratisch gewählten sächsischen Arbeiterregierung. Die Soldaten des Generals Seeckt üben sich in Sachsen in der Auseinanderjagung parlamentarischer Institutionen und Regierungen. Durch diese Generalprobe gibt General Seeckt der Stresemann-Sollmannschen Reichsregierung zu verstehen, daß, nachdem er aus ihrer Hand die Macht erhalten hat, nachdem er die Zeigner-Regierung auf ihren Befehl zum Teufel gejagt hat, er dies in jedem Augenblick mit dem Reichstag und mit der parlamentarischen Reichsregierung tun kann, wenn sie ihm und seinen schwerindustriellen Auftraggebern nicht vollkommen gefügig sind. Die vierhundert Reichstagsabgeordneten im Bierrestaurant des Reichstags und der Reichskanzler mit seinen großen Reden, der sozialdemokratische Reichspräsident, der Befehle dem Militär erteilt, das auf ihn pfeift, all diese Firlefanzereien, die der General Seeckt noch zuläßt, sie können die Tatsache der Machtergreifung des Faschismus nicht verschleiern, obwohl er den parlamentarisch-demokratischen Spuk noch beläßt zwecks Verhüllung der Tatsachen, die die Abwehr der Volksmassen hervorrufen werden.

Die Sozialdemokratie als Helfershelferin des Faschismus.

Daß der Faschismus seinen Sieg über die Demokratie errungen hat, daß er ihn ohne jedwede Gegenwehr des Proletariats erringen konnte, die Verantwortung dafür fällt vollkommen auf die Führer der Sozialdemokratischen Partei. Sie haben

durch ein Zugeständnis nach dem anderen eine Position des Proletariats nach der anderen dem Faschismus ausgeliefert. Sie haben trotz aller Warnungen ihrer Parteigenossen dem General Seeckt erlaubt, seine Vorbereitungen zum trockenen Staatsstreich fortzusetzen. Sie haben als Mitglieder der Koalitionsregierung ihm die Macht in die Hände gegeben, und sie haben sogar ihr Ja und Amen zu den sozialen Zielen der Diktatur Seeckt gesagt, indem sie dem Ermächtigungsgesetz zustimmten [13. 10. 1923], das erlaubt, alle Lasten des zersetzten bürgerlichen Staates dem Proletariat aufzubürden. Sie haben zugestimmt der Reichsexekutive gegen das proletarische Sachsen, sie haben in Sachsen den Generalstreik gegen den Einzug der Truppen verhindert, und als alle strategischen Positionen durch die Reichswehr besetzt waren, da haben die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung der Absetzung ihrer eigenen Parteigenossen in Sachsen zugestimmt, und der Sozialdemokrat Ebert hat eigenhändig den Befehl unterschrieben zur Verjagung seiner Parteigenossen durch den Reichskommissar Heinze, jenen Schandjustizminister, der die Flucht des Faschistenhäuptlings Ehrhardt begünstigt hat . . .

Mit diesen Führern der Sozialdemokratie gibt es nur einen Kampf auf Leben und Tod. Das scheint ein Teil der sozialdemokratischen Arbeitermassen zu verstehen, indem sie den Ausschluß Eberts aus der Partei fordern. Aber Ebert ist keine Einzelperson. Er ist der Vertreter der sozialdemokratischen Führerschaft, die seit dem 4. August 1914 das deutsche Proletariat verriet. Die Wels und Müller, die Sollmann und Schmidt sind Fleisch vom Fleische, Bein vom Beine Eberts. Nicht um den Bruch mit Ebert, nicht um das Schicken eines Sündenbocks in die Wüste handelt es sich, sondern es handelt sich um den Bruch mit einer zehnjährigen Politik des Verrats und ihren Vertretern. Damit sich die wachsende Opposition der Arbeiterklasse nicht auswachse in den revolutionären Kampf um die proletarische Diktatur, haben die sozialdemokratischen Führer, nachdem sie den Faschismus in den Sattel gehoben haben, die faschistische Regierung verlassen, um sich die Schminke der Opposition wie zur Zeit Cunos aufzulegen. Dadurch hoffen sie auch die sogenannten linken Sozialdemokraten am Karren der Bourgeoisie festzuhalten. Dieses Spiel wird nur die betrügen, die sich betrügen lassen wollen. Solange die sogenannten linken Sozialdemokraten nicht offen, klar, politisch und organisatorisch brechen mit den rechten Führern der Sozialdemokratie, sind sie ihre Helfershelfer . . .

Die Arbeiterklasse und der Zusammenbruch der Novemberrepublik.

Die Arbeiterklasse ließ sich durch den Sieg des Faschismus überrumpeln, nicht nur infolge der geteilten Rollen zwischen der marktschreierischen Politik Ludendorffs, Hitlers und Kahrs und den ruhig und geschickt operierenden Teilen des Faschismus unter Seeckt. Sie ließ sich überrumpeln durch den faschistischen Überfall nicht nur dank dem Nebel, mit dem die Sozialdemokratie diesen Überfall verschleierte. Sie ließ sich überrumpeln nicht nur infolge der Tatsache, daß es der Sozialdemokratie bis heute gelungen ist, einen großen Teil des Proletariats unschlüssig zu machen, von dem Kampfe zurückzuhalten. Die ganze Geschichte der Novemberrevolution hat dafür gewirkt, daß die Arbeiterklasse untätig zusah, wie die Novemberrepublik verhöhelt. Die Novemberrepublik hat das ganze deutsche Volk den Lebensmittelwucherern, den Eisen- und Kohlenbaronen ausgeliefert. Sie hat die Taschen der Spekulanten mit Milliarden gestopft und hat das Proletariat zum Bettler gemacht.

Die Novemberrepublik, die die Schule zur Stätte der Lobpreiser der Hohenzollern, die die Gerichte zum Bordell der Weißen gemacht hat, die die Armee den wilhelminischen Generalen und den Faschistenhäuptlingen ausgeliefert hat, sie konnte nicht in der Stunde ihrer Gefahr die Armee der Arbeiterklasse zur Verteidigung in Bewegung setzen. Um den Leichnam der Novemberdirne konnte das Proletariat nicht kämpfen. Der Haß gegen die Novemberrepublik, der einen Teil des Proletariats beseelte, die tiefe Enttäuschung, die sie in ihren bisherigen Anhängern erzeugte, sie ebneten den Faschisten den Weg.

Die Staatsgewalt in der Hand der faschistischen Banden bedeutet die Gefahr der Knebelung, Erdrosselung und Versklavung des Proletariats und darum bedeutet die Machtergreifung durch den Faschismus den Beginn des entscheidenden Kampfes des Proletariats, des Kampfes auf Leben und Tod, in dem es nur ein Hüben und Drüben gibt. Der bewaffnete Aufstand steht auf der Tagesordnung als die unausweichliche Aufgabe des Proletariats. Darum erklärt die KPD im Moment der Aufrichtung der faschistischen Diktatur, im Moment, wo tausende Kommunisten in die Gefängnisse geworfen werden, wo die kommunistische Presse und Organisationen unterdrückt werden, mit eiserner Zuversicht, mit ruhiger Entschlossenheit dieser faschistischen Diktatur den Kampf bis aufs Messer

Die faschistische Diktatur, die letzte und schwächste bürgerliche Regierung Deutschlands.

Die deutsche Bourgeoisie ist am Ende ihres Lateins. Ihre tödliche Wunde besteht darin, daß sie selbst dann, wenn sie vor dem äußeren Feinde kapituliert, nicht imstande ist, das deutsche Volk zu ernähren. Um die Rohstoffe und die Lebensmittel zu beschaffen, die notwendig sind zur Erhaltung der zwanzig Millionen überschüssiger deutscher industrieller Bevölkerung, muß die deutsche Bourgeoisie ihre Warenausfuhr verfünffachen. Nach dem Westen ist das unmöglich angesichts der wachsenden Schutzzollmauer der kapitalistischen Staaten. Nach dem Osten ist das nur möglich bei einer Einstellung der russischen und deutschen Volkswirtschaft auf gegenseitige langfristige Kredite, d. h. durch Verflechten der Volkswirtschaften beider Länder auf Leben und Tod. Dieser Weg ist für die deutsche Bourgeoisie verbaut, denn sie kann weder sich verbinden auf Leben und Tod mit dem ersten proletarischen Staat der Welt, noch kann dieser es tun. Aber auch in dem jetzigen Umfange kann die Bourgeoisie ihre Ausfuhr nicht aufrechterhalten, denn die Stinnes und Krupp, das Kohlen- und Eisensyndikat haben die Preise der grundlegenden Elemente der Industrie so in die Höhe geschraubt, daß die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte konkurrenzunfähig ist. Das bedeutet das rapide Wachstum der Arbeitslosigkeit, das bedeutet die Unmöglichkeit der Sanierung der deutschen Finanzen. Ausländische Anleihen können nur vorübergehend helfen. Auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft kann dieses Deutschland den Arbeitern und den Beamten nicht einmal den Hungerlohn sichern. Trotz aller Quacksalbereien mit der Rentenmark wird die Zerrüttung der deutschen Wirtschaft lawinenartig weitergehen. Die Möglichkeit, den Mittelstand weiter zu expropriieren, ist bei dem Zustand der Mark schon erschöpft. Die Geldverwässerung als Rettungsmittel der Bourgeoisie ist bis auf die Neige ausgekostet. Der Mittelstand, dessen Sympathien dem Faschismus die siegreiche Kraft verliehen haben, wird unter der Herrschaft des Faschismus durch Verzweiflung an die Seite der Arbeiterklasse getrieben werden.

Die faschistische Regierung des Massenhunglers wird gleichzeitig die Regierung des Zerfalls des Reiches sein. Bayern hat sich faktisch unabhängig vom Reiche gemacht. Es hat die 7. Reichswehrdivision als seine besondere Söldnertruppe an sich gerissen. Bayern führt nur das Programm aus, das dem Baron v. Soden in Paris diktiert wurde. Das Deutsche Reich soll verwandelt werden in eine Föderation ohnmächtiger Staaten. Die Besetzung Ostpreußens durch die Polen ist die zweite Bedingung des Friedens mit Frankreich, der die Wittelsbacher zugestimmt haben. Dadurch hoffen sie das Übergewicht der Hohenzollern, das Übergewicht des Protestantismus aufzuheben und sich den Weg zur deutschen Kaiserkrone von Frankreichs Gnaden zu bahnen. Im Rheinland ist der Aufstand der separatistischen Kleinbürger niedergeschlagen. Aber mit Zustimmung der Reichsregierung verhandeln die Industriellen mit Frankreich über die stille Separierung der Rheinlande von Deutschland. Die faschistische Regierung, die zur Gewalt gelangt, im Namen der Verteidigung des Deutschen Reiches, wird entweder den Kampf gegen die separatistischen Kräfte wagen – dann geht sie auf in dem Bürgerkrieg der einzelnen Teile der Bourgeoisie untereinander, oder, was wahrscheinlicher ist, sie legalisiert die auseinanderreibenden Kräfte, ja legalisiert den Zerfall Deutschlands. Dann ist sie die personifizierte Ohnmacht, dann bedeutet sie die Zerbröckelung des Reiches, dann bedeutet sie die Auslieferung des Deutschen Reiches und der deutschen Nation an Frankreich und an das internationale Kapital. Dadurch aber wird sie sich entpuppen als die nackte Regierung der Selbsterhaltung einer kleinen Clique der deutschen Industriemagnaten, die, ohne das Land ernähren und verteidigen zu können, eine Gewaltherrschaft ausüben, um nur zu existieren. Sie wird dadurch alles, was lebendig, ehrlich ist an den nationalistischen Massen, von sich abstoßen, in den Massen, deren Unterstützung eine der Hauptquellen ihrer militärischen Macht ist. Deutschland wird flüchten in das Lager der entrechteten ausgepowerten Arbeit, in das Lager der Proletarier, die durch das ganze Reich sich die Hände entgegenstrecken werden, um sich zum Kampf zu verbinden gegen Not, Elend und Sklaverei. Der soziale Befreiungskampf in Deutschland verbindet sich untrennbar mit dem nationalen Befreiungskampf. Die Partei der Diktatur des Proletariats wird zur Partei der nationalen Rettung

[Internationale Pressekorrespondenz Nr. 45 vom 10. November 1923, S. 1076 ff.]

5.

Jan. 1924

Der bayerische Bürgerkrieg Von Alexander Abusch (Miesbach).

Die Entwicklung des bayrischen Faschismus

Im Kampfe gegen die Münchener Räterepublik legalisierte der sozialdemokratische Ministerpräsident Bayerns die sich bildenden weißen Kampfformationen. Die schwarze Fahne der separatistisch-agrarischen Konterrevolution wurde siegreich über Bayern aufgezogen. Beim Kapp-Putsch bekam die Koalitionsregierung Hoffmann durch die Orgeschformationen und die Truppen des Generals Moehl den Genickstoß und trat verschüchtert zurück – ohne Appell an die Massen, in einer Zeit, wo in ganz Deutschland die Arbeiterklasse auf der Straße war. Kahr übernahm die Macht. Der Dauerausnahmestand des Herrn Hoffmann gegen links wurde zur Machtgrundlage, von der

aus sich Bayern zum Herd der deutschen und internationalen Konterrevolution und zu ihrer Operationsbasis entwickelte. Vier Jahre nach dem Blutbad, das im Auftrage des sozialdemokratischen Führerrats die Räterepublik beendete, ringt das sehr reale Gespenst des blutigsten Faschismus in Bayern um die Herrschaft. Der Bürgerkrieg ist im Gange. Seine Form wird durch die gegenwärtigen Machtverhältnisse der konkurrierenden Reaktionsgruppen gegeneinander und ihre Machtstellung gegenüber dem bayrischen Proletariat bestimmt.

Die Regierungspolitik der bayrischen Sozialdemokraten, die zum Kampf gegen die Revolution die weißen Garden der agrarischen Reaktion mobilisierte, bereitete die weiße Terrorherrschaft der Kahr und Pöhner vor. Die Regierungspolitik der agrarischen Konterrevolution, die den Wünschen ihrer mobilisierten Kampfverbände eine Enttäuschung nach der anderen bereiten mußte, stieß die entschlossensten Elemente der bayrischen Konterrevolution ins Lager des Faschismus.

Die bayrischen Bauernführer, die nach der Revolution dem drohenden Bolschewismus als agrarisches Reaktionsbollwerk den Plan einer Donau-Konföderation entgegenstellten, und die mit den französischen Imperialisten nach dieser Richtung konspirierten, sind durch die politische Entwicklung in der Stinnesrepublik von solchen Plänen abgekommen. Sie sind kapitalistische Realpolitiker. Sie wissen um die wirtschaftliche Verbundenheit Bayerns mit dem Reich zu genau Bescheid, als daß sie ohne Not das Risiko eines offenen Kampfes für die Monarchie auf sich nehmen würden. Sie streben eine realere Entwicklung an: den Ausbau von föderalistischen Bollwerken der Reaktion in Deutschland als Machtstellungen für die politische und wirtschaftliche Offensive der deutschen Bourgeoisie. Die sich hieraus ergebende Regierungstaktik zwang die verschiedenen bayrischen Regierungen, die Konflikte mit der schwächlichen bürgerlich-menschewistischen Koalitionsregierung des Reiches nicht zum offenen Bruch zu treiben. Sie mußten daher in Lebensfragen der weißen Formationen Kompromisse schließen, kleine Rückzüge antreten und konnten den rücksichtslosen Terror gegen das Proletariat nicht bis zur letzten Brutalität steigern. Die bayrischen Minister waren die vorgeschobenen Regierungsgruppen der wirklichen Herrscher von Bayern, der Bauernführer Heim, Held, Schlittenbauer usw. Die Ministerpräsidenten Kahr und Lerchenfeld fielen als die Opfer solcher Konflikte mit der Reichsregierung und wurden stets gegen einen neuen passenderen Mann ausgewechselt: Kahr, weil er untaktisch zu weit vorgestoßen war – und Lerchenfeld, weil er im Widerstand gegen das „Republikenschutzgesetz“ sich persönlich als zu schwächlich gezeigt hatte.

Diese klerikal-reaktionäre Regierungspolitik schuf den Gegensatz zwischen der bayrischen Regierung und den aktiven Kräften der Konterrevolution, trieb diese ins Lager des Faschismus, der als Produkt menschewistisch-kapitalistischer „Wiederaufbaupolitik“ die zersetzten Elemente aller Volksklassen um sich sammelte und die Rolle des aggressiven Kampfes gegen die Republik übernahm. Die Zersplitterung der Orgeschverbände und Einwohnerwehren in Bayern lief auf eine Umgruppierung der ideologischen Kräfte und damit der Kampfverbände der Reaktion hinaus. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Kampfverbände wuchsen aus sich weiter heraus, veränderten oft ihren politischen Inhalt gegen den Willen ihrer früheren politischen und finanziellen Hintermänner und wurden zu selbständigen Faktoren der entschlossensten Reaktion, zu faschistischen Organisationen. Im Kessel der Verschwisterung durchtränkten sie ideologisch die nationalsozialistischen Organisationen Hitlers, in denen sich der Abhub der zersetzten Zwischenschichten und von den Reformisten

enttäuschte Arbeiter gesammelt hatten, und wurden im Entwicklungsprozeß selbst wieder von ihnen ideologisch beeinflusst. In den Tagen des Rücktritts von Kahr (Anfang September 1921) trat der Faschismus in Bayern zum erstenmal als Macht real in Erscheinung. Da drohte der Putsch der „Rollkommandos“, der Organisation „Oberland“ und der Hitler-Leute. Das seinerzeitige Telegramm des bayerischen Landtagspräsidenten Königsbauer über den geplanten Putsch ist historisch der sichtbare Ausdruck jener gewandelten Kraftverhältnisse in Bayern.

Der Vormarsch des Faschismus ging im Jahre 1922 durch einen weiteren Prozeß von Zersetzungen, Auseinandersetzungen und Umgruppierungen im Lager der bayrischen Reaktion. Die bayrische Rebellion gegen das „Republikenschutzgesetz“ und ihre Beendigung durch einen Kompromiß, der allerdings die weiße Justizfreiheit Bayerns nicht einschränkte, verbreitete sie. Es kam zur Spaltung der bayrischen Deutschnationalen und zur Bildung des „Völkischen Rechtsblocks in Bayern“ unter Xylanders Leitung. Von „Oberland“ spaltete sich „Treu-Oberland“ (Blücherbund) ab. Nach dem Rathenau-Mord wuchs mit der fortschreitenden Sammlung und Erstarkung des großdeutschen Faschismus sein schroffer Gegensatz zur klerikal-agrarischen Regierungsreaktion.

Die faschistischen Sturmabteilungen formierten sich offen. Die Terrorzüge mit Lastautos und Sonderzügen aufs Land, die blutigen Zusammenstöße mit der klassenbewußten Arbeiterschaft häuften sich. Die faschistischen Alarmaufmärsche jagten eine zugespitzte Putschsituation nach der anderen herbei. Der bayrische Innenminister Schweyer zeigte während dieser Entwicklung die Schwäche der bauerlichen Reaktion, die – um nicht dadurch die Arbeiterklasse zu stärken – keine entschlossene Abwehr des von nicht-bayrischen Hauptführern geleiteten Faschismus wagte. So fabrizierte Herr Schweyer im Laufe eines halben Jahres ein Dutzend zerfahrener Reden über das Wenn und Aber der nationalsozialistischen Gefahr, während – neben der Aufsaugung der brutalsten Konterrevolution in den Formationen des Hakenkreuzes – sich der Faschismus in der Reichswehr, Landespolizei und den wichtigsten bayrischen Verwaltungsstellen Machtpositionen baute. Die Machtgrundlagen der Regierung Knilling wurden zermürbt. Im wirren Hexenkessel des bayrischen Reaktionshortes schien sich der 18. Brumaire des Faschistenhäuptlings Adolf Hitler vorzubereiten

[Internationale Pressekorrespondenz Nr. 19 (Januar 1924), S. 452]

6.

Der Hitler-Prozeß in München

Von Malepartus

.....Die Hitler-Bewegung, die in dem Prozeß in der Kriegsschule eine Rolle spielt, ist ursprünglich hervorgegangen aus der bürgerlichen Selbstschutzbewegung, als deren Schöpfer sich soeben der SPD-Abgeordnete Auer in mehreren Wahlversammlungen bezeichnet hat. Aus der bürgerlichen Einwohnerwehr und den Selbstschutzverbänden wurde allmählich eine große Massenbewegung, als deren Führer Hitler in den Vordergrund trat. Die gedankliche und nationale Vorstellungswelt der Führer dieser Bewegung ist der wilhelminischen Periode entsprungen. Die Führung der Bewegung hat

29. 3. 1924

sich vor allem die Restaurierung dessen zum Ziel gesetzt, was im November 1918 infolge des Zusammenbruches aus den Fugen gegangen war . . .

In der Hitler-Bewegung und in der völkischen Bewegung überhaupt hat sich eine Menge Menschen zusammengefunden, die den unteren Schichten des gewerblichen Lebens angehören. Wenn ihnen auch seit Jahr und Tag von dem großen Demagogen Hitler eingeredet worden ist, daß der Jude an allem schuld sei, so ist ihnen doch nicht entgangen, daß auch die anderen Kapitalisten dieselbe „jüdische“ Niedertracht besitzen. Der Kampf gegen das Judentum hat in breiten Schichten der Anhängerschaft Hitlers einen antikapitalistischen Geist erzeugt, hat eine Zersetzung hervorgerufen, so daß man wohl glauben kann, was der Abgeordnete Roth, der ehemalige bayrische Justizminister, im Landtage ausgeführt hat, nämlich, daß ein Teil der bisherigen Anhänger der völkischen Bewegung nach dem Versagen des Hitler-Putsches ihren Sympathien für die revolutionären Proletarier und für die Kommunistische Internationale Ausdruck verliehen hätten. Der bisherige Verlauf des Prozesses bestätigt, daß die Aktion vom Oktober eine Aktion der deutschen Großkapitalisten war, denen das Vorgehen der Hitler-Bewegung nicht in den Kram paßte. Sie wollten wohl, wie sich Kahr und Lossow ausdrückten, die nationale Bewegung als Rückhalt haben, keineswegs aber sollte diese nationale Bewegung, das heißt die Masse der Habenichtse, etwa gar eine wirkliche nationale Revolution machen, die, wie die sozialen Verhältnisse in Deutschland gelagert sind, notwendigerweise zu einer ernsten revolutionären Auseinandersetzung geführt hätte. In dieser etwaigen Auseinandersetzung wäre wahrscheinlich der Anhang der Hitler-Bewegung von seinen demagogischen Führern und „Trommlern“ nicht mehr zu bändigen gewesen, sie wären mehr oder weniger geschlossen zur Armee des revolutionären Proletariats gestoßen. Nach den Aussagen von Lossow, Kahr und Seißer haben diese sogar angenommen, daß selbst die Reichswehr kein genügend starkes Element in den Händen ihrer Führer sein würde, das im Verlaufe dieser Auseinandersetzungen, die allerdings außerhalb des Parlaments stattgefunden hätten, auseinandergefallen wäre, das heißt, im Verlaufe der Revolution sich in ihre sozialen Bestandteile aufgelöst hätte. Die Überlegungen der Organe des deutschen Großkapitalismus, der „Staatsmänner“ im Sinne des bürgerlichen Staates, sind so absolut folgerichtig. Folgerichtig sind aber nicht die Ansichten der „Hochverräter“ auf der Anklagebank, denn sie sind zum Teil Ideologen und zum anderen Teil bewußte Betrüger. Wäre Hitler nur ein Ideologe, wäre er nicht auch ein bewußter Betrüger seiner Anhänger, wie könnte er dann mit jenen zusammen spielen, die Deutschland ganz und gar den Großkapitalisten ausliefern wollten und auch ausgeliefert haben. Wie konnte er sich dann mit Kahr, Lossow und Seisser zusammensetzen, die mit Minoux usw. verhandelten, mit dem Direktor von Stinnes, dem Vertreter der größten Kapitalmagnaten in Deutschland, der auch mit Ludendorff verhandelt hat. . . .

[Internationale Pressekorrespondenz Nr. 13 vom 29. März 1924, S. 265ff.]